



Wartburg-Kurier

Sonderausgabe zum Katholikentag 2024 in Erfurt

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

der Evangelische Arbeitskreis der CDU Thüringen heißt alle Besucherinnen und Besucher des 103. Deutschen Katholikentags in der Landeshauptstadt Erfurt, in der Mitte Deutschlands, ganz herzlich willkommen.

Wir freuen uns, dass dieser Katholikentag in einer Zeit stattfindet, in der viele Menschen nach Orientierung und Halt suchen. Sie sehen sich oftmals hilflos Vereinsamung und Verunsicherung, Kriegen und immer neuen Katastrophenmeldungen ausgeliefert. Wir sind dabei, uns zu einer weitgehend „entwerteten“ Gesellschaft zu entwickeln. Die Individualisierung – auch ein Preis der weltweiten Globalisierung – die weithin „unsozialen“ elektronischen Medien, 40 Jahre Sozialismus in den neuen Bundesländern mit seiner Kirchenfeindlichkeit und Verachtung, lassen viele Menschen ratlos und orientierungslos mit den immer komplexeren Problemen und Herausforderungen, die tagtäglich auf

sie einströmen, allein. Ein schwindendes Wertebewusstsein führt zu Hass, Hetze, und Gewalt. Der vermeintliche Zeitgeist ist weithin zu einem unseligen Ungeist verkommen. **Das Motto des Katholikentages setzt dagegen ein klares Mut machendes Bekenntnis „Zukunft hat der Mensch des Friedens“.**

Gerade hat die CDU Deutschlands ihr neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Der EAK hat daran aktiv und intensiv mitgearbeitet. Seine Mitglieder bekennen sich dazu, dass sie Politik aus christlicher Verantwortung heraus gestalten wollen.

Am Anfang des Grundsatzprogramms der CDU steht ebenso ein klares, richtungsweisendes Bekenntnis:

„Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen. Aus diesem Menschenbild leiten wir einen Dreiklang ab: Wir sehen immer zuerst den einzelnen Menschen mit seiner unantastbaren Würde und seinen individuellen Fähigkeiten. Wir verbinden die Freiheit des Einzelnen mit seiner Verantwortung für die Gemeinschaft. Wir begegnen der Welt in Demut, weil wir wissen, dass wir nicht die letzte Wahrheit kennen. Aus diesem Dreiklang ergibt sich für uns Christdemokraten der Auftrag, mit Neugier, Zuversicht und

Vertrauen in den Menschen nach der bestmöglichen Lösung zu suchen.“

Das „C“ im Parteinamen ist ein bewusstes Bekenntnis der Union zu den christlichen Werten. Welche „Vorbilder“ geben wir gerade jungen Menschen mit auf ihren unsicheren Lebensweg? Eine ihre Grundwerte verlierende Gesellschaft wird auch als Staat und Gesellschaft so orientierungslos wie die einzelnen Individuen.

Als CDU und als EAK der CDU und der CSU grenzen wir uns klar und unmissverständlich von allen menschenverachtenden Ideologien ab.

Wir tun dies nicht verzagt und mit erhobenem Zeigefinger, sondern getrost als fröhliche Christenmenschen mit Freude, Mut und Verlässlichkeit, weil wir als Christen auf einem guten Fundament stehen. So heißt es im 2. Timotheus Brief des Apostels Paulus: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit“.

„Zukunft hat der Mensch des Friedens“ – ein starkes richtungsweisendes Motto in einer unfriedlichen, scheinbar hoffnungsarmen Zeit.

Ihr

Dr. Ulrich Born

Landesvorsitzender des EAK Thüringen

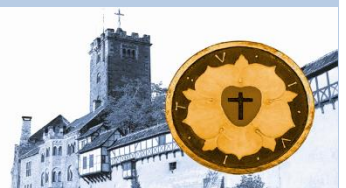
Inhalt dieser Ausgabe:

Geleit	1	Gesicht zeigen - mit der Initiative „Weltoffenes Thüringen“	4
Wir über uns –		Ist unsere Demokratie in Gefahr?	5
Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen	2	Christlich motivierte Politik und der Friedensplan	
Landesvorstand und Kontakt	2	von Wolodymyr Selenskij	10
Ökumenische Grüße zum Katholikentag	3	Impressum und Kontakt	12

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Ziel und Aufgabe des EAK ist es, evangelische Bürgerinnen und Bürger für die Ziele der CDU/CSU zu gewinnen, die evangelischen Mitglieder in der CDU/CSU zu aktivieren, die evangelischen Belange in der Partei zu vertreten, die Verbindungen zu den evangelischen Kirchen weiter auszubauen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Konfessionen in der Union zu fördern.

Der EAK will die Besinnung auf die Fundamente evangelischer Verantwortung und die verbindliche Orientierung am Gesamtzeugnis der Heiligen Schrift für die Politik immer wieder neu vermitteln und stärken.



Der EAK versteht den Menschen als Ebenbild Gottes und orientiert sich am christlichen Menschenbild. Darum will er zum rechten Gebrauch der Freiheit in Verantwortung und Bindung ermutigen und sich für die Stärkung von verbindlichen Werten, Menschenrechten und Wahrung der Menschenwürde einsetzen.

Der EAK ruft in Achtung der Zehn Gebote zu einem gesellschaftlichen Konsens auf, der die wichtigen Güter unseres Zusammenlebens, wie Leben, Gesundheit, Ehe, Eigentum, persönliche Ehre und Wahrhaftigkeit, schützt.

Der EAK möchte das christliche Gebot der Nächstenliebe in eine aktive Politik für mehr Gerechtigkeit in unserem Lande, aber auch gegenüber anderen Völkern und Ländern, einbringen.

Der EAK ist offen für neue Entwicklungen und Herausforderungen. Er arbeitet in ökumenischem Geist und im Respekt vor der „versöhnten Verschiedenheit“. Der EAK will aus dem Menschen- und Weltverständnis der Reformation, das um die „Freiheit eines Christenmenschen“ im Reich „zur Rechten und zur Linken“ (Luther) weiß, den Schwachen ein Anwalt und den Starken eine Zumutung sein.

Der EAK fordert die evangelischen Christen zu verstärktem gesellschaftlichen Engagement heraus.

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: *Dr. Ulrich Born (Erfurt)*

Stellvertreter: *Volker Heerdegen (Apolda), Thomas Gottweiss (Ettersburg),*

Beisitzer: *Johanna Arenhövel (Großrudestedt), Dr. Detlef Baer (Erfurt), Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Dr. Thomas Knoll (Erfurt), Peter Kraska (Erfurt), und Johannes Selle (Sondershausen)*

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen Sprechen Sie uns an!

Landesgeschäftsstelle – Friedrich-Ebert-Straße 63 – 99096 Erfurt

Im Internet: www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Ökumenische Grüße zum Katholikentag

von Dr. Gregor Heidbrink, Missionsdirektor der Diakonie Leipzig und ehemaliger Superintendent des Kirchenkreises Apolda-Buttstädt



Dr. Gregor Heidbrink

Mein Gefühlscocktail zum Katholikentag? Geschüttelt, nicht gerührt. Ökumene lebt von Begegnungen und Erfahrungen, positiver wie negativer Natur. Und ja, ich betrachte die katholische Kirche mit gemischten Gefühlen. Je mehr mich ihre Wärme und Schönheit anziehen, desto stärker stößt mich der päpstliche Machtapparat ab, der lernunfähig ist, und der, wenn er einmal einen Weg gefunden hat, Menschen klein zu machen, konsequent dabei bleibt.

Wenn die Menschen in ihren Gebeten auch fühlen, dass Gott ein Herz hat, das sich bewegen lässt, in den Paragraphensammlungen der Kirchenjuristen ist nur der Gott gefragt, der in das System passt.

Mir fällt der Priester ein, der mir selbstverständlich das Mahl reicht, obwohl er weiß, wer ich bin. Aber auch der Bischof fällt mir ein, der es mir verwehrt, als wäre ich, der Protestant, schlimmer als Judas Iskariot, den der Herr am letzten Mahl teilnehmen ließ. Wahrhaft apostolisch ist der Spruch: Dass man Gott mehr gehorchen soll als den Menschen. Wer das Spiel mitspielt, darf sich nicht wundern, dass er mit in Haftung genommen wird, selbst wenn er persönlich als frommer Hirte auftritt.

Mich schüttelt es, betrachte ich die Ökumene auf der kirchenleitenden Ebene. Hier hat unsere evangelische Kirche außer Nibelungentreue nichts im Angebot. Als ob man heimlich immer noch um Anerkennung buhlen würde, sich mit päpstlichem Siegel als richtige Kirche bezeichnen zu dürfen (Es erinnert an die vielen Versuche der CDU kirchennah aufzutreten, die kaum je von der Erfahrung der Gegenliebe gekrönt wurden...).

Doch kann eine Ökumene, die Unterschiedlichkeiten meint aussitzen zu können, die Antwort sein auf die Herausforderungen der Gegenwart: Ohne Rücksicht

dafür, dass die Menschen, selbst unsere eigenen Mitglieder, das Christentum zu verachten lernen angesichts der Selbstherrlichkeit und Überheblichkeit Roms?! Leute wie Kardinal Woelki! Sie jagen uns die Menschen davon und wir sollen höfliche Grußworte schreiben, anstatt sie öffentlich zu brandmarken, so wie wir es z. B. mit der AFD tun.

Sind es nicht unser Verständnis und die Rücksichtnahme, die dazu führen, dass die Menschen uns für die moralische Konkursverschleppung des päpstlichen Apparates mit in Verantwortung nehmen? Und neuerdings Zurückhaltung gegenüber Diktatoren und Terroristen, wie sie Papst Franziskus praktiziert. Nicht einmal eine klare und unmissverständliche Distanzierung von faschistischen Apostaten wie dem Moskauer Patriarchen Kyrill ist zu vernehmen.

Heute wäre es an uns zu beten: Exsurge domine...!

Trotzdem, ich kriege sie nicht abtrainiert, die katholische Versuchung. In ihren Messen komme ich mir vor wie die arme Verwandtschaft. Da denke ich mir: Wir Evangelischen wollten einmal die Kirche sein, die das allgemeine Priestertum hat – und dort bei den Katholiken weiß eine große Gemeinde, was sie zu tun hat. Die Menschen knien, stehen, bekreuzigen sich auf verschiedene Weise. In Rekordgeschwindigkeit finden sie das richtige liturgische Stück im Gesangbuch. Sie wohnen nicht alle vor Ort. Aber die Aussicht, die Messe miteinander zu feiern, den Leib des Herrn zu empfangen, hat sie zusammengebracht. Wenn man mit ihnen spricht, kommt heraus, dass das auch der Grund ist, warum sie trotz allem immer noch katholisch bleiben und niemals evangelisch werden würden, obwohl bei uns die Predigten besser seien. (Ein Kompliment, das oft von Menschen kommt, die lange nicht da waren; aber hej, was soll man sonst loben an unseren evangelischen Gottesdiensten: Unsere Sturheit, mit der wir Gott jeden Sonntag das Straßburger Kyrie von 1524 darbieten [Yippie! 500 Jahre!], als wäre Gott ein Kleinkind, das ohne dieses spezielle Lied nicht einschlafen kann? Oder die unstimmige liturgische Kleidung, das Schwarz unserer Pfarrer, das die Menschen eben nicht als vornehme Gelehrtentracht wahrnehmen, sondern als Trauerbekleidung? Und wenn dann experimentiert wird, der Talar mit bunten Stolen kombiniert, dann

wird es ja nur irrwitziger, weil durch die Stola ein priesterliches Symbol aufgenommen wird, das im Protestantismus dem Prediger gar nicht zusteht.)

Bei den katholischen Geschwistern hingegen gibt es Priester, die man gar nicht versteht, weil ihr Deutsch zu schlecht ist; geweihte Sakramentsmaschinen, die von Ort zu Ort eilen, um zu tun, was angeblich nur ein Priester tun kann. Aber die Feier der Gemeinde kann selbst dadurch nicht zerstört werden. Mitleidig und ermunternd trägt die Gemeinde den radebrechenden Kleriker. Und wenn er dann das Agnus Dei in seiner

Heimatsprache singt, ein endloser afrikanischer Solosong, dann hört es die Gemeinde still seufzend mit an, weil sie spürt: Endlich ist der arme Kerl mal bei sich selbst und darf etwas beten, das ihm gut tut. Den Schatz der Gnade, den verwaltet in Wahrheit die Gemeinde.

Da denke ich mir: Wow, das will ich auch. So eine Gemeinde. Mit der kann man beten und mit der kann man feiern. Ihr rufe ich zu: Alles Gute zum Katholikentag!

Gesicht zeigen - mit der Initiative „Weltoffenes Thüringen“

von Pfarrerin Christine Lieberknecht, stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thüringer Ministerpräsidentin a.D.



Christine Lieberknecht

Viele Menschen in Thüringen sind schon über etliche Jahre miteinander durch gemeinsame Erfahrungen und Initiativen verbunden, in denen es immer wieder darum ging, den Verächtern unserer offenen und auf Vielfalt ausgerichteten Gesellschaft, den Antidemokraten und dem braunen Ungeist die Stirn zu bieten. Mir persönlich ist dabei der Aufruf eines Menschen, nämlich von Stéphane Hessel, zu einem ganz besonderen Vermächtnis geworden:

„Empört Euch!“ Und: „Engagiert Euch!“ – So lauten die Titel von zwei Schriften, die er noch kurz vor seinem Tod verfasst hatte. Stéphane Hessel war ehemaliger Häftling im nationalsozialistischen Konzentrationslager Buchenwald und später französischer Diplomat bei der UNO. Der Einsatz für die Unantastbarkeit der Menschenwürde war für ihn zum Kern seiner Humanität, seiner Leidenschaft und auch seines politischen Programms geworden.

„Empört Euch“, wo immer die Würde des Menschen missachtet, verletzt und mit Füßen getreten wird. Aber: „Engagiert Euch“ auch! Gemeinsam könnt ihr etwas verändern. Gemeinsam könnt ihr etwas bewegen. Menschen können sich beteiligen an den gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Debatten. Und das ist nicht nur eine Möglichkeit. Wir müssen es auch. Unser demokratisches Engagement ist das Lebenselixier der Demokratie.



Demokraten müssen sich einmischen. Unsere Demokratie lebt davon. Dazu drei kurze Stichworte:

Sichtbarkeit

Unsere Demokratie lebt von der Vielfalt des demokratischen Einsatzes ganz vieler Menschen für unser Land. Es gibt ein großes und vielfältiges Potential von Menschen verschiedenster Herkunft, Professionen, Generationen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen, die sich Tag für Tag für ein gelingendes

und funktionstüchtiges Gemeinwesen einsetzen. Mir macht das Mut. Es geht aber auch darum, diese Vielfalt, diesen Einsatz, die Menschen und ihre Initiativen sichtbar zu machen. Es geht um Sichtbarkeit von all dem Positiven, was Menschen für unser Land tun. Es geht darum, das Positive zu zeigen. Nur dann wird es auch für andere sichtbar, und kann auch andere vom Guten überzeugen und zum Mitmachen einladen für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie.

34% der Menschen in unserem Land haben nach der seit 1949 jährlich durchgeführten Allesbach-Umfrage zum vergangenen Jahreswechsel gesagt, dass sie hoffnungsvoll in das Jahr 2024 starten. Aber das sind natürlich viel zu wenig.

Deswegen: Wir brauchen Zeichen der Hoffnung. Wir brauchen Mutmacher. Die Verteidigung unserer Demokratie braucht Leidenschaft.

Weltoffenheit

Ein spannendes, in Thüringen verlegtes, neues Magazin trägt den Namen „MIGRANTh, Magazin für Migration und Entwicklung.“ Dieses Magazin berichtet von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, und von ihren Initiativen in Wirtschaft, Wissenschaft, For-

schung, Kultur, Bildung und im sozialen Bereich. Es sind Menschen, die uns mit ihrem Wissen, ihrer Perspektive und ihrer Kreativität einen unglaublichen Reichtum an Weltoffenheit, an kulturellem Reichtum, an menschlicher Begegnung schenken; und an handfestem Mehrwert in der Forschung, in der Wissenschaft, in der Lehre und in den Unternehmen, in der Wirtschaft, in und für unsere Gesellschaft.

Mit ihrem Magazin „MIGRANTH“ laden sie uns ein, teilzuhaben an den Verbindungen, an Impulsen und Projekten einer internationalen Ausrichtung, die es ohne diese Menschen für uns so nicht gäbe und ohne die wir in Thüringen um vieles ärmer wären.

Geschichte

Inspiziert durch das bekannte Bonmot „Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich“, lohnt ein Blick auf das Thüringer Landtagswahljahr in der Weimarer Republik

genau vor 100 Jahren und auf die darauf folgenden Ereignisse. Dabei zeigt sich, dass die politischen Weichenstellungen für Thüringen infolge der Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 mehr als ein politisches Wetterleuchten auf dem Weg in die nationalsozialistische Diktatur waren. Hier wurde nicht den Anfängen gewehrt, sondern Schritt für Schritt, ziemlich umgehend dem Antisemitismus, dem Rassismus und der nationalsozialistischen Machtübernahme der Weg bereitet. Nicht erst 1933! Und auch nicht erst 1930 mit den beiden ersten nationalsozialistischen Ministern in der Baumfrick-Regierung. Nein, bereits 1924 hatte die Tolerierung der Minderheitsregierung unter Richard Leutheuser von der Deutschen Volkspartei (DVP) durch die Vereinigte Völkische Liste ihren Preis.

Als erstes wurden, und zwar sehr schnell, linksdemokratische und jüdische Amtsinhaber aus Justiz und Verwaltung entlassen, wie die Ab-

setzung des jüdischen Staatsbankpräsidenten Walter Loeb und des Generalstaatsanwalts Kurt Frieders. Es wurden die Verträge für die Professoren des 1919 in Weimar gegründeten Bauhauses gekündigt. Der Generalintendant des Deutschen Nationaltheaters in Weimar Ernst Hardt verließ, ebenfalls noch im Jahr 1924, nach handfesten Auseinandersetzungen mit der Regierung unter Leutheuser die Weimarer Bühne und war damit auch „weg“. Und nur kurz nach Jahresfrist wurde der führende Landtagsabgeordnete der Vereinigten Völkischen Liste, Artur Dinter, am 1. März 1925 zum ersten Gauleiter der in Thüringen als erstes wieder zugelassenen NSDAP bestellt...

Diese Geschichte müssen wir kennen. Gerade hier in Thüringen und angesichts der kommenden Wahlen. Geschichte darf sich nicht wiederholen. Auch deshalb bin ich dabei, wenn es um ein „weltoffenes Thüringen“ auch in Zukunft geht.

Ist unsere Demokratie in Gefahr?¹

von Prof. em. Dr. Dr. h.c. (TSU Tiflis) Klaus Dicke, Oettern, ehemaliger Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena

I.

Bei den erfreulich zahlreichen Demokratiebekenntnissen der jüngsten Vergangenheit wurde immer wieder die Bedeutung von Meinungsvielfalt und Pluralität in der Sicht auf die politischen Dinge hervorgehoben. So ist es bei der Einhelligkeit der Alarmglocken in den letzten Monaten fast schon ein demokratisches Gebot, bei der Frage, ob „unsere Demokratie“ in Gefahr sei, gegen den Strich zu bürsten und mit einem klaren „Nein“ zu antworten. Damit ist ja nicht gesagt, dass alles in bester Ordnung sei – aber unsere Demokratie in Gefahr? Nein! Es gibt Herausforderungen, massive sogar und solche, die sich zu einer Gefahr für die Demokratie auswachsen könnten. Und es gibt Veränderungen in der

Funktionsweise der und in den Auffassungen von Demokratie, die durchaus Besorgnisse hervorrufen, und es sind schließlich Verhaltensweisen und Umgangsformen in der Gesellschaft bis in die Sprache hinein eingedrungen, die der Demokratie alles andere als förderlich sind. Ehe ich im Folgenden einige Überlegungen dazu vortragen möchte, scheint mir zuerst eine kurze Verständigung darüber notwendig, was mit „unserer Demokratie“ gemeint ist.

Wie wir aus zahlreichen Umfragen wissen und an den Demonstrationen der ersten Wochen des Jahres ablesen können, erfreut sich Demokratie generell in Deutschland stabil sehr großer Zustimmung, während die Resonanz ihrer praktischen Umsetzung durchaus

¹ Es handelt sich um die leicht gekürzte Fassung eines Vortrages, den Verf. am 11. April 2024 im Rahmen der von der Forschungsstelle „Weimarer Republik“ an der FSU Jena und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen organisierten Vortragsreihe „Angegriffen und abwehrbereit. Die Demokratie im Wahljahr 2024“ in Jena gehalten hat. Der Vortrag ist abrufbar unter <https://bildungfuerdemokratie.de/angegriffen-und-abwehrbereit-die-demokratie-im-wahljahr-2024/>.

kritische Konjunktoren aufweist. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass Demokratie zum einen ein auf der Selbstbestimmung des Volkes basierendes Legitimationsprinzip und zum anderen ein auf Mehrheitsentscheidungen beruhendes Verfahren politischer Entscheidungsfindung in Wahlen und Abstimmungen und einer festgelegten Ämterordnung bezeichnet (Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz). Die Komplexität des Begriffs wird noch dadurch gesteigert, dass Demokratie im politischen Sprachgebrauch häufig die aus der Erfahrung des Nationalsozialismus erwachsene freiheitliche Grundordnung des Grundgesetzes insgesamt meint, der Sprachgebrauch also reflektiert, dass das Legitimationsprinzip und das Entscheidungsverfahren Demokratie in eine Verfassungsordnung eingebettet ist, in der sie zusammen mit dem Rechtsstaat, mit Grund- und Menschenrechten, dem Sozialstaat und dem Föderalismus einschließlich der internationalen Einbindung der Bundesrepublik ein recht komplexes politisches Ordnungsgefüge bildet. Und so sind es auch Störfaktoren an verschiedenen Ecken dieses Ordnungsgefüges insgesamt, die zu Beginn des „Wahljahres“ 2024 flächendeckend zu Demonstrationen führen, welche von der Besorgnis einer Gefährdung der Demokratie getragen sind.

II.

Der Auslöser für diese Demonstrationen ist bekannt: Was immer auf jenem ominösen Potsdamer Treffen rechtsextremer und rechtsaußen driftender Zeitgenossen im Einzelnen besprochen wurde – die Wannseennähe hat zu heftigen Immunreaktionen in der deutschen Bevölkerung geführt. Am Brennpunkt des moralischen Imperativs eines menschenrechtskonformen Umgangs mit dem Migrationsproblem richten sich zahlreiche öffentliche Stellungnahmen ebenso wie die Demonstrationen gegen die politisch und moralisch inakzeptablen Herausforderungen der Demokratie namentlich seitens der AfD und ihres rechtsradikalen und rechtsextremistischen Umfeldes. Worin besteht diese Herausforderung? Ich nenne vier Punkte:

Erstens sind Strategie und Sprache der AfD und des sie umgebenden rechtsextremen Umfeldes auf eine bewusste Spaltung der Gesellschaft und eine Diskreditierung rechtsstaatlich-demokratischer Institutionen gerichtet. Wenn im Deutschen Bundestag der Bundesregierung „Hass auf Deutschland“ unterstellt wird, ist das mehr als ein Lapsus im Eifer des Gefechts. Wenn von „Polittheater“, „Kartellparteien“, „Volksverräter“ u. ä. die Rede ist, soll dies bewusst eine der Grundvoraussetzungen jeder Demokratie: ein Mindestmaß an Wir-Bewusstsein durch ein in die Gesellschaft hineingetragenes und bei jeder sich bietenden

Gelegenheit angeheiztes Freund-Feind-Schema zerstören.

Zweitens ist es kaum möglich, ein konsistentes politisches Gestaltungsprogramm der AfD jenseits der Negation vorherrschender Programme bzw. gesetzlicher Maßnahmen vorwiegend im Bereich der Migrations- und Gesellschaftspolitik auszumachen. Statt konkreter, nachvollziehbarer Vorschläge zur Lösung drängender Probleme werden vage, oft an Gefühle appellierende Parolen und Versprechungen – es werde Thüringen besser gehen, „Deutschland zuerst“ – in die Welt gesetzt und jeweils mit diskreditierenden Negationen politischer Vorhaben der Konkurrenten „untersetzt“. Nicht politische Problemlösung, sondern die Generierung von Gefolgschaft durch Aufputschen der Unzufriedenen ist ihr Ziel.

Drittens sind die europapolitischen Äußerungen führender Vertreter der AfD ebenso wie menschenverachtendes Reden über Geflüchtete, Minderheiten, auch Behinderte und generell über anders Denkende geeignet, das internationale Standing, das sich die Bundesrepublik v.a. seit 1990 erarbeitet hat, nachhaltig zu beschädigen. Hier werden europäische Normen und deutsche Interessen handfest bedroht: Keine Volkswirtschaft in Europa ist derart exportabhängig und deshalb auf Marktzugänge angewiesen wie die deutsche. Und seit den Debatten über die Green Card wissen wir, dass Rechtsextremismus dringend benötigte qualifizierte Fachkräfte von Deutschland fernhält.

Viertens geben direkte Angriffe gegen die repräsentative Demokratie und ihre wichtigste gesellschaftliche Voraussetzung, die Meinungsfreiheit und die ihr dienende Unabhängigkeit der Medien insbesondere auch im Blick auf Vorgänge in Polen, Ungarn und den USA Nahrung für die Befürchtung, dass es nach einer möglichen Regierungsübernahme durch rechtsextreme Populisten ans Eingemachte der freien demokratischen Grundordnung ginge. Mit der Utopie direkter Volksherrschaft werden Verfahren und Institutionen der repräsentativen Demokratie systematisch mit Misskredit überzogen. Die Empfindlichkeit kritischer Medienberichterstattung gegenüber, vollmundige Ankündigungen von Eingriffen in die Medienlandschaft und die Entdeckung der sog. sozialen Medien als Propagandainstrument sprechen einem demokratischen Verständnis von Meinungsfreiheit Hohn.

In diesen nur exemplarisch benannten Aspekten stellt die AfD schon aufgrund ihrer Erfolge in Umfragen die derzeit wohl größte Herausforderung für die Demokratie in Deutschland von innen dar – die größte, aber kei-

nesfalls die einzige. An der Berliner Humboldt-Universität wurde kürzlich eine israelische Richterin niedergeschrien. Eine Lesung von Texten Hannah Arendts musste abgebrochen werden. Linksterrorismus ist wieder auf der Tagesordnung. Und schließlich darf keinesfalls vergessen werden, dass sich die freiheitliche Demokratie der Kriegserklärung Putins sowie aggressiver und smarter werdender Angriffe durch autoritäre Regime zu erwehren hat. All dies – und ich benenne wiederum nur exemplarisch die Spitze eines mächtigen Eisbergs – sind direkte Angriffe auf die Demokratie. Sie weisen auf ein Besorgnis weckendes Ausmaß an Unverständnis für eine freiheitliche Gesellschaft hin – außerhalb und im Innern Deutschlands.

Zugleich gilt es aber auch mit Besorgnis zu registrieren, dass sich über das für die Demokratie unerlässliche freie Spiel der Meinungsbildung und Urteilsfindung eine dicke Schicht Mehltau zu legen droht bzw. in Teilen schon gelegt hat – auch und gerade an Universitäten und in intellektuellen Milieus. Mit der für jede Demokratie essenziellen Liberalität im Denken steht es in Deutschland schlecht. So hat kürzlich die Evangelische Verlagsanstalt eine Buchpublikation vom Markt genommen und damit in bevormundender und zudem die Herausgeber abkanzeln-der Weise dem Urteil der Leser entzogen, nachdem eine Besprechung den Band insgesamt auf der Grundlage einer in der Tat fragwürdigen Äußerung als Wegbereiter des Rechtsextremismus denunziert hatte. Auch dem „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ wurde und wird das Etikett „rechtsextrem“ angeheftet. Und die notorische Gleichsetzung von rechts und rechtsextrem hat zumindest einen denunziatorischen Touch. Hier wird im Namen der Demokratie – oder besser: einer alles anderen als ideologiefreien „Gesinnungsgemeinschaft Demokratie“ (Peter Graf Kielmansegg) höchst undemokratische Illiberalität propagiert und praktiziert.

III.

Mit diesen Herausforderungen und Befunden stehen zwei Fragen im Raum: Wo liegen erstens die Ursachen der offenbar starken Resonanz populistischer Versuchen, und wie soll man zweitens mit rechtsextremem Populismus und zugleich mit illiberalen Praktiken bis hin zu fanatischem demokratiefeindlichem Dogmatismus umgehen? Zunächst zu den Ursachen: Hier ist auf eine Vielzahl miteinander verschränkter und verwobener Entwicklungen einzugehen, welche die demokratische Ordnung der Bundesrepublik insgesamt und einzelne ihrer tragenden Strukturelemente in eine gewisse Schiefelage gebracht haben. Der Reihe nach sind folgende Entwicklungen zu nennen:

Erstens ist kaum zu bestreiten, dass eine rasche Abfolge von globalen Großkrisen seit 2008 – Finanzkrise, Klimakrise, Migrationskrise, Pandemie, Ukraine-Krieg – nicht nur zu außerordentlichen Unsicherheiten und Belastungen geführt, sondern auch sehr kontroverse Debatten über das richtige Krisenmanagement herbeigeführt haben. Der Medienwissenschaftler Pörksen spricht von einer „Überdosis Weltgeschehen“, Herfried Münkler von „mentaler Überforderung“. Drei Folgen sind zu benennen: Einmal war und ist keine der genannten Krisen durch nationale Politik alleine zu bewältigen. Viele Entscheidungen sind sachgerecht nach Brüssel oder in internationale Gremien verlegt, was zum andern die ohnehin zu beobachtende Tendenz einer Konzentration von Zuständigkeiten bei der (Bundes-)Exekutive noch beschleunigt. Und zum Dritten wurden Fehler gemacht, vor allem wurden auch für die Krisenbewältigung wichtige Modernisierungen – Digitalisierung e.g. – hintangestellt oder nur sehr halbherzig betrieben.

Zweitens haben sich seit den 1970er Jahren kontinuierlich die Funktionsbedingungen der Demokratie verändert, und zwar in gewisser Weise durch ihren eigenen Erfolg. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten eine „massive Ausweitung politischer Partizipationschancen“ erlebt (Philip Manow). Durch die elektronischen Kommunikationsmittel kann überdies jedes Problem politisiert und streitig gestellt werden. Die insoweit sich immer weiter verdichtende Identifizierung von Demokratie und Partizipation hat zu einer Entfremdung von repräsentativen Strukturen und Verfahren, die für demokratisches Entscheiden unerlässlich sind, zugunsten einer politisch nicht einlösbaren Vorstellung von direkter Demokratie geführt. Diese ins Utopische ragende Verschiebung im Demokratieverständnis erhält durch ein z.T. technizistisch geprägtes apokalyptisches Zeitempfinden des „subito“ zusätzliche Nahrung. Richard Schroeder hat sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass man die Umfrageerfolge der AfD im Osten nicht als Ablehnung der Demokratie durch deren Anhänger missdeuten dürfe; es gehe vielmehr um eine Auseinandersetzung um das angemessene Demokratieverständnis: „Die repräsentative Demokratie muss gegen die direkte Demokratie verteidigt werden. (...) Dass der Angriff auf die Demokratie unter der Losung „Mehr Demokratie“ erfolgt, darauf hat sich die politische Bildung noch nicht eingestellt“ (FAZ, 27. 12. 2023).

Drittens haben sowohl die Bauernproteste zu Jahresbeginn als auch deutlich artikuliert Beschwerden seitens des Handwerks und der Industrie ihren berechtigten Grund in einer trotz zahlreicher Absichtserklä-

rungen ungebrochenen Überregulierung und Bürokratisierung. Sie richtet doppelten Schaden an: Einmal bindet sie über die Maßen Arbeitskraft und Kosten; und zum andern nährt sie in vielen Fällen durch die grundsätzliche Missbrauchsvermutung seitens der Gesetz- und Verordnungsgeber das ungute Gefühl eines den Bürgern misstrauenden und sie deshalb paternalistisch bevormundenden Staates.

Viertens muss man der Frage nachgehen, wo die Ursachen für die besonders hohe Resonanz populistischer Versuchungen im Osten der Republik liegen. Ich begnüge mich mit folgender anekdotischer Evidenz: Ein Thüringer Dorfbewohner, der wahrlich nicht mit der AfD liebäugelt, gleichwohl sich aber in seiner Wahrnehmung der Bundes- und Landespolitik als „Wutbürger“ zu erkennen gibt, hat in der Begrüßungsrede anlässlich seines 60. Geburtstages folgendes gesagt: „Früher hatten wir eine Krankenschwester, die Kranke versorgte und in Notfällen half. Wir hatten eine gemeinschaftlich betriebene Kneipe. Wir hatten Kinder, die in den Scheunen des Dorfes spielten und heute haben die Kinder Garagen, die verschlossen sind. Wir hatten den Konsum für den Einkauf zum Abendbrot, wir hatten eine regelmäßige Busverbindung nach Weimar, wir hatten im Sommer drei Tage Kirmes, wir hatten an Weihnachten ein Krippenspiel. Heute haben wir nichts mehr davon. Beim Dorfputz im Frühjahr taucht immer öfter die Frage auf: Wie lange noch?“ In den Worten Joachim Gaucks: „Die Erfahrung eines nahezu totalen Zusammenbruchs alter Normen, alter Institutionen und alter Gewissheiten am Ende der DDR triggerte die autoritäre Versuchung“ in einer Gesellschaft, die zwei Generationen lang unter einer Diktatur lebte. Seit 30 Jahren bedient die AfD diese mentalen Landschaften mit ihren antimodernistischen, rückwärtsgewandten Versprechungen heiler Welt im schönen Thüringen.

Eine letzte Ursache für populistische Gefährdungen leitet zugleich zu der Frage nach dem Umgang mit ihnen und namentlich mit der AfD über: Ich meine Zustand und Agieren der politischen Parteien der demokratischen Mitte. Sie sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass eine Diversifizierung der Parteienlandschaft Regierungsbildung und Regieren z.T. erheblich erschwert. Unklare Mehrheitsverhältnisse, wechselnde Koalitionen und Minderheitsregierungen lassen den Eindruck eines fluide und instabil gewordenen politischen Systems entstehen. In diesen in der Tat Gefahrenpotenziale bergenden Prozessen ist den Parteien nicht nur eine mehr oder minder verlässliche Wählerbindung, sondern vor allem auch ihre innere Bindung zu einem guten Stück verloren gegangen. SPD-Mitglieder und Mitglieder der Thüringer CDU wissen, wovon die Rede ist. Man hatte in den vergangenen Jahren

über weite Zeiträume den Eindruck, dass die Parteien sich überwiegend mit zwei Dingen befassen: mit Reaktionen auf Krisen und in Reaktion auf die letzte Umfrage oder Talkshow mit sich selbst. Damit wurde Vertrauen in die Politik generell verspielt. Der für klare Worte bekannte Innenminister von NRW, Herbert Reul, hat es selbstkritisch auf den Punkt gebracht: „Die Entfremdung zwischen uns und Bürgerinnen und Bürgern ist das Ergebnis einer Politik, die einerseits Probleme nicht anspricht und andererseits zu viel verspricht. Zu oft regiert das Prinzip der Opportunität das politische Handeln: Was kein Gewinner-Thema ist, wird nicht angefasst“ (FAZ, 6.3.2024).

IV.

So sind die nicht zuletzt durch die genannten Schief lagen begünstigten tektonischen Verschiebungen im Thüringer Parteiensystem der letzten beiden Jahrzehnte gewaltig. Sie weisen eine Konstante auf: den Aufstieg der AfD. Wenn die AfD bis September das vorausgesagte Ergebnis um 30 % der Wählerstimmen halten kann, dann hat sie ihre Anhängerschaft in den zehn Jahren seit 2014 verdreifacht. Hier muss man schon genauer nach den Ursachen fragen und sich zunächst Motivation und Stimmungslage der AfD-Wähler anschauen. AfD-Wähler sind zu 2/3 männlich und überwiegend zwischen 35 und 59 Jahre alt, sind überwiegend konfessionslos und leben überdurchschnittlich oft in ländlichen Regionen mit starker Abwanderung. In ihren Einstellungen weisen sie eine gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt höhere Unzufriedenheit und apokalyptische Grundeinstellung sowie eine stärkere Neigung zu rechtsextremen Einstellungen auf. Fast jeder dritte AfD-Wähler weist ein geschlossen rechtsextremes Weltbild auf. Politisch ragt bei allen AfD-Wählern eine rigorose Ablehnung der Migration heraus. Wie ist damit umzugehen?

Zunächst scheinen mir zwei Strategien nicht zielführend. Ich warne erstens davor, Wähler der AfD und anderer extremistischer Parteien pauschal als Protestwähler abzutun in der Erwartung, die Sache werde sich bei politischer Wetteraufhellung schon erledigen. Es mag sein, dass die derzeit vom Populismus mobilisierten ehemaligen Nichtwähler ihre Wahlabsicht wieder einmal ändern werden, aber es gibt doch deutliche Anzeichen dafür, dass wir auf längere Zeit sowohl mit der AfD als auch mit politischen Gelegenheitsabenteurern und Ego-Shooterinnen leben müssen. Zweitens halte ich jede Strategie für kontraproduktiv, die sich nicht sehr gründlich ihrer Wirkungen auf die Wähler und namentlich auf Wähler der AfD und Nichtwähler vergewissert hat. Die nicht von der demokratischen Mitte

gebundenen Wählergruppen neigen zu einem Opfer-syndrom, das sich durch jede auch nur gefühlte Kränkung verfestigt. Dämonisierung und Ausgrenzung sind „Überlebensgarantien“ (Neue Zürcher Zeitung) für die AfD und ein Teil der Erklärung für deren anhaltenden Aufstieg.

Darüber hinaus ist beim Umgang mit antidemokratischen Herausforderungen sehr genau zwischen den Akteuren, d.h. zwischen staatlichen bzw. politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, zu unterscheiden. Staatliche Akteure und politische Parteien müssen sich stärker als in der Vergangenheit geschehen auf die Liberalität des demokratischen Verfassungsstaates besinnen und Äußerungen unterlassen, die auch nur im Entferntesten nach staatlichem Meinungsdictat riechen. In Sonneberg haben sich die politischen Parteien gegen die AfD zusammengeschlossen, und es ging schief. In Nordhausen und in Schleiz hat die Zivilgesellschaft agiert – mit Erfolg. Aus gleichem Grund empfehle ich auch äußerste Zurückhaltung mit den scharfen Schwertern der „wehrhaften Demokratie“, an die zu erinnern politisch hilfreich ist, aber über deren juristische Voraussetzungen und politischen Erfolgsaussichten man sich sehr genau informieren sollte.

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zur „Brandmauer“: Es ist verständlich und richtig, dass demokratische Parteien Extremisten für Koalitionen und Regierungsbeteiligungen Absagen erteilen. Wer völkisches Denken an den Tag legt oder auch nur bei Randfiguren duldet, kann in der Bundesrepublik Deutschland kein politischer Partner sein. Gleichwohl seien zwei Einwände erlaubt: Der Begriff „Zusammenarbeit“ und die „Brandmauer“ generell ist – erstens - in der Vergangenheit so oft zur Diskreditierung des politischen Gegners oder zur Vergewisserung, moralisch auf der richtigen Seite zu stehen, missbraucht worden, dass im Ausland von „moralischer Panik“ und von Hysterie der Deutschen die Rede ist, wie man etwa in der Neuen Zürcher Zeitung nachlesen kann. Auf Seiten der Politik kann nur unaufgeregte Sachpolitik und Pragmatik verhindern, dass auch diesseits der Brandmauer gezündelt wird. Und solche Pragmatik ist dringend gefragt, um die Fülle der anstehenden Probleme so zu bewältigen, dass die Effizienz und der Erfolg von Regierungshandeln wieder zu einem wichtigen Faktor zur Legitimation der Demokratie werden. Und zweitens sollte man sich das Abschmelzen rechtspopulistischer Parteien in Skandinavien und Finnland ebenso genau anschauen wie das Agieren von der AfD angehörenden Amtsträgern in Deutschland. Ich plädiere nicht für eine Zusammenarbeit mit der AfD, die sich in Einzelfällen nicht wird vermeiden lassen, sehr wohl aber nachdrücklich für ein Nachlassen hysterischer Ausgrenzung.

V.

Was können Politik und Zivilgesellschaft zur nachhaltigen Verteidigung und Stärkung der Demokratie tun? Der wichtigste Beitrag besteht in meinen Augen darin, dass wir mit vereinten Kräften das Abkanzeln hinter uns lassen und uns auf eine Kultur des Zuhörens und auch der Nachsicht hin bewegen. Ich halte z.B. das von der katholischen Akademie in Dresden ins Leben gerufene „Sachsensofa“ für ein modellhaftes Projekt, in sächsischen Kommunen die Leute „von der Couch zu holen“ und zu politischen Themen sich ohne Handlungszwang gegenseitig zuhören zu lassen. Hier wie auch in ähnlichen Projekten etwa in Gera wird zwanglos deutlich, dass es jenseits von Parteiungen und Schubladen Verbindendes gibt, und wenn es das Sächsische ist. In gleicher Weise können Bürgerräte die Unbefangenheit im Umgang mit sachlichem Meinungsstreit und insbesondere – darin sehe ich ihren eigentlichen Lernerfolg – im Finden von Kompromissen und Akzeptieren von Mehrheitsentscheidungen stärken. Die letztgenannte demokratische Tugend ist in Deutschland auf einem absterbenden Ast.

Auch jenseits der Politik liegt ein breites Aufgabenfeld, dessen Beackung indirekt der nachhaltigen Stärkung der Demokratie dient: Sowohl der Umgang mit Fremdem und mit Fremden als auch die Bewältigung von Ängsten lassen sich erlernen, einüben und abstützen. Die Gesten der Solidarität in kleinen Gemeinschaften von der Betreuung ukrainischer Flüchtlinge bis zur ehrenamtlichen Nothilfe für Senioren im digitalen Formulkrieg schaffen kleine Inseln jener Daseinszuversicht, die eine unerlässliche Voraussetzung demokratischer Standsicherheit im öffentlichen Raum ist. Hier kommt nicht zuletzt den Kirchen gerade jenseits politischer Erkenntnisse eine wichtige Rolle zu.

Einem weiteren wichtigen Beitrag haben die Demonstrationen Anfang des Jahres den Weg gewiesen. Ihre wichtigste Botschaft besteht wohl darin, den Wert der Demokratie erneut ins Bewusstsein gehoben und deutlich gemacht zu haben, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern kämpferischen Engagements bedarf, wie es etwa in der Initiative „weltoffenes Thüringen“ aufscheint. Es muss nun darum gehen, den von den Demonstrationen und Initiativen ausgehenden Impuls praktisch und nachhaltig werden zu lassen. Das ist einerseits Aufgabe der politischen Bildung, die sich freilich stärker als bislang auf eine Förderung des Verständnisses von repräsentativer Demokratie und ihrer Voraussetzungen konzentrieren sollte. Andererseits kann aber auch jede Bürgerin und jeder Bürger zu dieser Stärkung beitragen, etwa durch Mitwirkung in einer

demokratischen politischen Partei. In allen demokratischen Parteien herrscht Fachkräftemangel – gesucht sind Bürgersinn und Politikerding – und sind frische Ideen für die Lösung drängender Probleme gefragt. Wer dies stöhnend und mit verlegenem Schulterzucken als abwegige Zumutung abtut, hat die Demokratie aufgegeben.

Gerade dagegen müssen Demokraten kämpfen. Demokratie existiert nur, wo Demokraten sie im vollen Bewusstsein ihrer Gefährdungen praktizieren. Der römisch-griechische Historiker Polybios hat in seiner Lehre vom Kreislauf der Staatsformen darauf hingewiesen, dass Demokratie bei Vollkaskomentalität verspielt werden kann. Sie ist, wie Karl Jaspers einmal formulierte, der Versuch politischer Freiheit – Versuch nicht im Sinne des Experiments, sondern im Sinne des Bewusstseins, dass alles, was menschliche Freiheit hervorbringt, in der Gefahr der Korruption und des Scheiterns steht und deshalb engagierter, verantwortungsvoller Praxis bedarf.

Solche Praxis gibt es weitaus häufiger, als mediale Scheinwerfer zu erkennen geben. Demokratiedefätismus scheint mir weder in Thüringen noch in Deutschland mehrheitsfähig zu sein. Solange sich demokratisch engagierte Bürgerinnen und Bürger in ausreichender Zahl der Bewältigung des wahrlich nicht kleinen Problembelags in Kommunen, Ländern, im Bund und in Europa widmen und all dem, was ich dargestellt habe, ein „dennoch“ (Max Weber) entgegenhalten – und dies ist nach wie vor der Fall – solange bleibe ich dabei: Nein, unsere Demokratie ist nicht in Gefahr.

+++



Prof. em. Dr. Dr. h.c. (TSU Tiflis) Klaus Dicke, Jgg. 1953, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und kath. Theologie. 1995 Prof. für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2004 – 2014 deren Rektor.

Christlich motivierte Politik und der Friedensplan von Wolodymyr Selenskij

von Johanna Arenhövel, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen, ehemalige Landtagsabgeordnete und Gleichstellungsbeauftragte a.D. des Freistaats Thüringen



Johanna Arenhövel

Die Menschen wollen in Frieden leben

Ich gehe davon aus, dass es kaum Menschen gibt, die tatsächlich einen Krieg wollen. Denn auch wenn wir zu einer Generation gehören, die seit fast 80 Jahren keinen Krieg mehr erleben musste, so gab es doch immer wieder kritische Zeiten, in denen der Frieden weltweit auf dem Spiel stand. Wir wissen nur zu gut aus den Erzählungen unserer Eltern und Großeltern, welche verheerenden Auswirkungen der Zweite Weltkrieg hatte, mit millionenfachem, menschlichen Leid und

Elend, mit Zerstörung, Flucht und Vertreibung. Umso mehr sind wir heute zutiefst besorgt angesichts einer sich immer schneller drehenden Gewaltspirale und mit täglichen Nachrichten, die auf eine rasante Eskalation hinweisen. Die Bilder, die wir da zu sehen bekommen, die mangelhafte, politische Führungskraft, die Verbreitung von falschen Nachrichten und ein UN-Sicherheitsrat, dessen Beschlüsse nicht wirksam werden, das alles trägt keineswegs zur Beruhigung bei. Es gilt aber nicht, den Kopf in den Sand zu stecken und zu glauben, dass das alles schon vorüber gehen und uns selbst nicht treffen wird – nein – wir als Christen tragen eine besondere Verantwortung und tun gut daran, uns Gott anzuvertrauen! Wir müssen endlich aufwachen und nicht mehr aufhören, für den Frieden und ein gelingendes, menschliches Miteinander zu beten, aber auch unsere Stimme zu erheben.

Positionen für alle Menschen guten Willens

Wenn man die Medien aufmerksam verfolgt, ist festzustellen, dass immer wieder Verhandlungen eingefordert werden, ohne dass deren Umsetzung hinterfragt wird. Umso erstaunlicher finde ich es, dass der von Wolodymyr Selenskij vorgelegte Friedensplan in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle spielt. Dabei enthält er solche Positionen, die sehr stark mit dem bereits geltenden, humanitären Völkerrecht korrespondieren und die wir als Christen nur unterstreichen können, ja, die wir aktiv unterstützen können und sollen.

Dieser Friedensplan umfasst in den ersten vier Punkten solche Themen, die uns aus christlicher Überzeugung am Herzen liegen. Das betrifft die Absage an jede Form von nuklearer Bedrohung, die Sicherstellung

der Versorgung mit Nahrungsmitteln, hier betrifft dies insbesondere den Export von ukrainischem Getreide. Der Plan setzt sich damit fort, dass die zivile Energieversorgung geschützt werden muss und ein Angriff darauf als Verbrechen zu verurteilen ist. Auch der humane Umgang mit Kriegsgefangenen, Vertriebenen, mit deportierten Kindern usw. sowie deren Rückführung ist wichtig und im Unterschied zum militärischen Vorgehen Rußlands hervorzuheben. Allein diese ersten vier Punkte zeigen, dass die Ukraine ernsthaft an einem Ende des Krieges interessiert ist und trotz der Kämpfe die Kraft dafür aufbringen will.

Die politischen Fragen diskutieren und umsetzen

Einen wirklichen Frieden kann man nur dann erreichen, wenn Gerechtigkeit erzielt werden kann. So sind auch die weiteren Punkte von hohem Interesse und eine gute Diskussionsgrundlage für die weiteren, internationalen Verhandlungen. Jedes Land, jeder Staat auf dieser Welt hat laut der UN-Charta das Recht auf seine territoriale Integrität. Autokraten, die glauben, dass sie mit militärischer Gewalt ihre Grenzen verschieben können, muss die Weltgemeinschaft eine klare Absage erteilen. Ansonsten würde bewaffneten Konflikten, die es ohnehin schon viel zu viel gibt, zusätzlich noch Tür und Tor geöffnet! Ein vollständiger Truppenrückzug, die Bestrafung von Kriegsverbrechen und die Beseitigung der Umweltschäden sind sicher schwierige Themen, die aber angesprochen und politisch verhandelt werden müssen. Dazu gehören Führungskraft, das Friedensziel als oberste Priorität und der feste Wille, den Krieg zu beenden. Denn an Sicherheitsgarantien, soweit diese überhaupt möglich sind, wird bereits gearbeitet und dann wird auch ein breit aufgestellter Friedensvertrag in erreichbare Nähe rücken können.

Die Philosophie Immanuel Kants

„Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ So in etwa lassen sich die Gedanken von Immanuel Kant, der am 22. April 1724, also ziemlich genau vor 300 Jahren geboren wurde, zusammenfassen. Er gilt als philosophischer Begründer der modernen Demokratie und hat im Rahmen der Aufklärung gezeigt, wie man „das Gute“ nicht nur wollen, sondern auch umsetzen kann. Gerade die Evangelische Theologie hat von diesen Gedanken vieles aufgegriffen und ist dementsprechend demokratisch, bzw. synodal aufgestellt, wovon andere Kirchen weit entfernt sind. Und vieles in dem von der Ukraine aufgestellten Friedensplan findet man in den grundlegenden Gedanken Immanuel Kants auch wieder, weil das meiste auch allgemein anerkannt werden kann.

Realität anerkennen und für eine friedlichere Welt eintreten

Seit fast achtzig Jahren haben wir das Glück, in Frieden leben zu können. Das kommt aber nicht automatisch zustande. Wir haben gesehen, dass Abschreckung und der Wille zum Frieden keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Niemand kann ausschließen, dass es zum wiederholten Mal auf der Welt zum Krieg kommen kann. Es ist deshalb wichtig, wehrhaft zu sein, eine vor allem konventionell gut ausgestattete Armee vorzuhalten und sich in einem Bündnis gegenseitig beizustehen. Die Erfahrungen zeigen auch, dass es immer wieder zu bewaffneten Konflikten kommt. Wahrscheinlich ist es unmöglich, Kriege ganz zu verbannen. Aber man kann das Risiko eines Krieges versuchen

einzudämmen. Ein Schlüssel dafür sind demokratische Verhältnisse. Denn hier kann nicht ein Diktator oder Autokrat so ohne weiteres einen Krieg anzetteln, weil in einer Demokratie das Parlament bestimmt, bzw. bestimmen sollte, wie der politische Weg aussehen soll. Oft werden nur die Regierungen bei solchen Fragen betrachtet, wobei mitunter vergessen wird, wer der eigentliche Souverän ist! Grund genug also, um für unsere demokratische Ordnung einzutreten und sie zu gestalten! Weitere Möglichkeiten sind natürlich die internationale Zusammenarbeit von Organisationen, von Staaten, von Handelspartnern in einem fairen Umgang. Nicht zuletzt sei auch das geltende Völkerrecht genannt, wobei hier ganz sicher Reformbedarf besteht. Recht ist eines der wichtigsten Instrumente und sollte wie ein Frühwarnsystem wirken und mehr Durchsetzungskraft entwickeln.

Der Friedensplan der Ukraine in 10 Punkten:

- 1. Kernkraft:** In einer Auseinandersetzung darf weder mit dem Einsatz von Atomwaffen noch mit der Zerstörung ziviler Kernkraftwerke gedroht werden. Anlagen wie die unkrainische in Saporischja, welche die Russen besetzt halten, müssen unter internationaler Kontrolle gesichert werden.
- 2. Nahrungsmittelsicherheit:** Die weltweite Nahrungsmittelversorgung darf nicht als Waffe eingesetzt werden. Der Export von unkrainischem Getreide muss gesichert werden.
- 3. Energieversorgung:** Attacken auf die zivile Energieversorgung sind inakzeptabel und ein Verbrechen.

4. Kriegsgefangene:

Kriegsgefangene und Vertriebene, unter ihnen viele deportierte Kinder, müssen nach dem Prinzip „Alle gegen alle“ ausgetauscht werden.

5. Territoriale Integrität: Alle Parteien respektieren die Uno-Charta und damit die bestehenden internationalen Grenzen und die Souveränität der Nationalstaaten. Die territoriale Integrität der Ukraine muss vollständig wiederhergestellt werden.

6. Truppenrückzug: Zu einem Ende der Auseinandersetzungen gehört zwingend der vollständige Rückzug aller russischen Truppen von ukrainischem Territorium.

7. Kriegstribunal und Reparationen: Kein Kriegsverbrechen darf ungesühnt bleiben. Dazu soll ein spezielles internationales Kriegstribunal geschaffen werden, das russische Verbrechen beurteilt. Ein

internationaler Mechanismus soll dafür sorgen, dass Russland für die in diesem Krieg verursachten Schäden aufkommen muss.

8. Umweltschäden: Auch in einem Krieg sollen Umweltschäden möglichst gering gehalten werden. Die Zerstörung des Kachowka-Staudamms war ein Verbrechen gegen die Umwelt, für das Russland gerade stehen soll.

9. Sicherheitsgarantien: Trotz internationalen Zusicherungen nach der Auflösung der Sowjetunion hat Russland die nationale Souveränität und die Integrität der Ukraine nicht respektiert. Um zu verhindern, dass sich dies künftig wiederholt, braucht das Land internationale Sicherheitsgarantien und muss in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen der Nato eingebunden werden.

10. Friedensvertrag: Ein Friedensvertrag, der alle obengenannten Aspekte

enthält, soll möglichst rasch nach Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzung unter möglichst breiter Involvierung von Staaten und internationalen Organisationen unterzeichnet werden.

Fazit:

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Friedensprozess, der durch die Ukraine schon vor längerer Zeit angestoßen wurde, intensiv fortzusetzen ist. Dabei ist der vorgelegte Friedensplan als Diskussionsgrundlage zu beachten. Bis es zu einer friedlichen Regelung kommen kann, ist die Ukraine weiter zu unterstützen.

Quellen: Neue Zürcher Zeitung vom 14. 01. 2024, Carlo Masala „Warum die Welt keinen Frieden finden kann“ 2024



Evangelischer Arbeitskreis der CDU / CSU

Evangelischer Arbeitskreis der
CDU/CSU

www.eak-cducsu.de

EAK Thüringen auch im Internet:

www.eak-thueringen.de

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Ulrich Born

Minister a.D., Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen (Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen (Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Johanna Arenhövel

Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen

Prof. em. Dr. Dr. h.c. (TSU Tiflis) Klaus Dicke
Oettern, ehemaliger Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Gregor Heidbrink

Missionsdirektor der Diakonie Leipzig und ehemaliger Superintendent des Kirchenkreises Apolda-Buttstädt

Christine Lieberknecht

Stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thüringer Ministerpräsidentin a.D.